

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Neue Lage in Syrien – Deutsche Interessen schützen und Remigration vorbereiten

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Mit der Flucht des bisherigen Präsidenten Assad und der Einnahme der Hauptstadt Damaskus durch seine Gegner ist in Syrien eine neue Lage eingetreten. Diese Entwicklung wurde in den jüngsten Tagen auch in Deutschland durch Zehntausende Syrer öffentlich begeistert begrüßt. Da die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unseres Landes seit Längerem erschöpft ist, braucht es eine umfassende Neukonzeptualisierung der Migrationspolitik von Bund und Ländern. Ein Aufnahmestopp für Personen aus Syrien muss Teil dieser politischen Kehrtwende sein.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. das geltende Asyl- und Aufenthaltsrecht konsequent durchgesetzt wird und hierüber die deutschen Grenzen wirksam geschützt werden, um insbesondere keine weiteren Personen aus Syrien in Deutschland aufzunehmen und sich stattdessen für Schutz- und Aufbauzentren in Syrien selbst sowie der Region einzusetzen.
2. Deutschland zu jedweder künftigen syrischen Regierung den deutschen Interessen dienliche Beziehungen unterhält, wobei insbesondere die Remigration von sich in Deutschland aufhaltenden Syrern anzustreben ist.
3. für den Fall einer stabilisierten Situation in Syrien die freiwillige Heimkehr von sich in Mecklenburg-Vorpommern aufhaltenden Syrern aktiv durch ein vom Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung des Landes einzurichtendes Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr nach Syrien unterstützt wird.

Begründung:

Durch die historische Machtverschiebung in Syrien ist eine politische Lage entstanden, in der genau zu beobachten ist, ob die asylrechtlichen Bedingungen für den Aufenthalt syrischer Flüchtlinge weiterhin gegeben sind. Wenn der Grund für die Aufnahme entfällt, ist eine geordnete Remigration nach Syrien vorzubereiten. Dies dient dem Wiederaufbau Syriens und der Integrations- und Aufnahmefähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns.

Im Sinne dieser Zielvorstellung fordern wir von der Landesregierung, sich für diplomatische Beziehungen mit einer zukünftigen syrischen Führung und für einen effektiven Grenzschutz im Sinne geltenden Rechts einzusetzen. Das Land soll zudem ein Zentrum zur Rückkehr nach Syrien administrativ und konzeptuell vorbereiten, um neuen Aufenthaltsbedingungen zeitnah begegnen zu können.